

---

## Begründung

## Vorentwurf

### **7. Änderung der 3. Gesamtfortschreibung des Flächennutzungsplans des Gemeindeverwaltungsverbandes Laucherttal**

**Ausweisung einer Sonderbaufläche mit der Zweckbestimmung Freiflächenphotovoltaikanlage mit der Bezeichnung „PV Anlage Wasserwerk Hermentingen“**

**Stadt Veringenstadt, Gemarkung Hermentingen, Landkreis Sigmaringen**

---

#### **Inhaltsverzeichnis**

1. Ziel und Zweck der Planung
2. Angaben zum Plangebiet
3. Änderung des Flächennutzungsplans
4. Umweltverträglichkeit
5. Hinweise

## 1. Ziel und Zweck der Planung

Mit der Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung und den Betrieb einer Freiflächenphotovoltaikanlage sowie der dazu erforderlichen Nebenanlagen zur Nutzung der Sonnenenergie auf zwei voneinander getrennten Flächen, mit einer Gesamtfläche von rund 9,7 ha, geschaffen werden. Vorhabenträger ist der Zweckverband Wasserversorgung Zollernalb. Die Flurstücke bleiben im Eigentum des Landwirts, der Anlagenbetreiber pachtet die Flächen.

Durch diese Planung wird den Bestrebungen des Gesetzgebers, den Anteil des aus erneuerbaren Energien erzeugten Stromes bis zum Jahr 2030 auf 80 % (Treibhausgasneutralität nach der Vollendung des Kohleausstiegs) zu erhöhen, angemessen Rechnung getragen. Im Zuge des Ausbaus der erneuerbaren Energien wird ein wichtiger Beitrag zu den im Klimaschutzgesetz Baden-Württemberg verankerten Klimaschutzziele geleistet.

Mit der am 7. März 2017 von der Landesregierung verabschiedeten Verordnung zur Öffnung der Ausschreibung für Photovoltaik-Freiflächenanlagen für Gebote auf Acker- und Grünlandflächen in benachteiligten Gebieten (Freiflächenöffnungsverordnung – FFÖ-VO) können in Baden-Württemberg bei den bundesweiten Solarausschreibungen auch Gebote auf Acker- und Grünlandflächen in benachteiligten, landwirtschaftlichen Gebieten im Umfang von bis zu 500 MW pro Kalenderjahr bezuschlagt werden. Veringenstein liegt mit seiner Gemarkung vollständig in solch einem benachteiligten Gebiet.

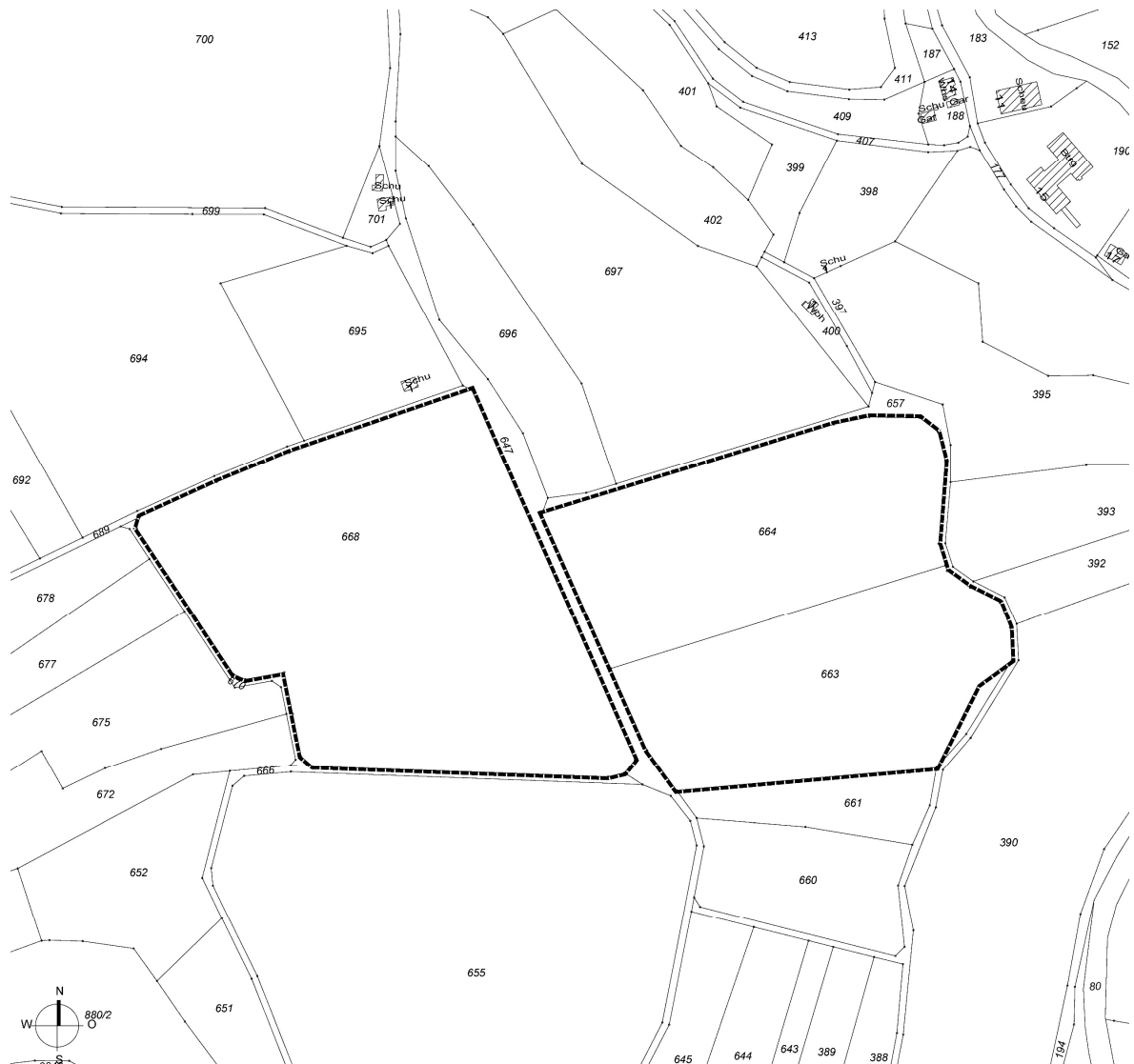
Die Fläche soll mit aufgeständerten, geneigten Solarmodulen überschirmt und als extensiv genutztes Grünland bewirtschaftet werden. Die Anlage wird eingezäunt und landschaftsgerecht eingegrünt. Der gesetzlich vorgeschriebene 30 m-Abstand zu angrenzenden Waldflächen wird gewährleistet.

Die Errichtung der Freiflächenphotovoltaikanlage fördert den Ausbau der regenerativen Energieerzeugung, dient der lokalen Wertschöpfung und ist ein Beitrag zur verbrauchsnahe, dezentralen Stromversorgung. Mit seinem Klimaschutzgesetz hat sich Baden-Württemberg verpflichtet, zwei Prozent der Landesfläche für Windenergie und Freiflächenphotovoltaik auszuweisen. Das erklärte Ziel des Landes Baden-Württemberg, den CO<sub>2</sub>-Ausstoß bis 2030 um 65 Prozent zu senken und bis zum Jahr 2040 Netto-Treibhausgasneutralität zu erreichen (§4 Klimaschutzgesetz BW) sowie das Ziel des Bundes, den Anteil des aus erneuerbaren Energien erzeugten Stromes bis zum Jahr 2030 auf 80 % (Treibhausgasneutralität nach der Vollendung des Kohleausstiegs) zu erhöhen (§§ 1 und 1a EEG 2023), steht im Einklang mit den geplanten Freiflächenphotovoltaikanlagen.

Die Aufstellung des Bebauungsplanes mit der Festlegung eines Sondergebietes mit der Zweckbestimmung „Freiflächenphotovoltaikanlage“ zieht die Flächennutzungsplanänderung nach sich.

Für die Ausweisung der Sonderbaufläche mit der Zweckbestimmung „Freiflächenphotovoltaikanlagen“ wird eine Fläche für die Landwirtschaft sowie im südöstlichen Bereich eine umgewandelt. Die Fläche hat eine Größe von ca. 9,7 ha.

Das Plangebiet der 7. Änderung der 3. Gesamtfortschreibung des Flächennutzungsplanes wird wie in der nachfolgenden Planzeichnung dargestellt begrenzt:



## 2. Angaben zum Plangebiet

Der ca. 9,85 ha große Geltungsbereich des Bebauungsplanes „PV Anlage Wasserwerk Hermentingen“ umfasst die Flurstücke Nr. 663 (teilweise), 664 und 668 auf der Gemarkung Hermentingen. Das Plangebiet liegt rund 300 m südöstlich von Hermentingen und rund 700 m nördlich von Veringenstadt.

Bei den Flächen innerhalb des Geltungsbereichs handelt es sich um landwirtschaftlich genutzte Ackerflächen. Im Südosten der östlichen Teilfläche des Geltungsbereichs durchquert eine Freileitung das Plangebiet. Von West nach Ost fällt der Geltungsbereich um ca. 20 Höhenmeter von rund 720 m ü. NHN auf rund 700 m ü. NHN ab. Beide Teilflächen werden durch einen landwirtschaftlichen Wirtschaftsweg sowie einen Gehölzstreifen voneinander getrennt. Nördlich beider Teilflächen sowie südlich der westlichen Teilfläche grenzen landwirtschaftliche Wirtschaftswegen sowie landwirtschaftlich genutzten Acker- und Wiesenflächen an. Östlich und südlich der östlichen Teilfläche sowie westlich der westlichen Teilfläche grenzen Waldflächen an, von denen der gesetzliche Waldabstand zur Freiflächenphotovoltaikanlage im Bebauungsplanverfahren eingehalten werden wird.

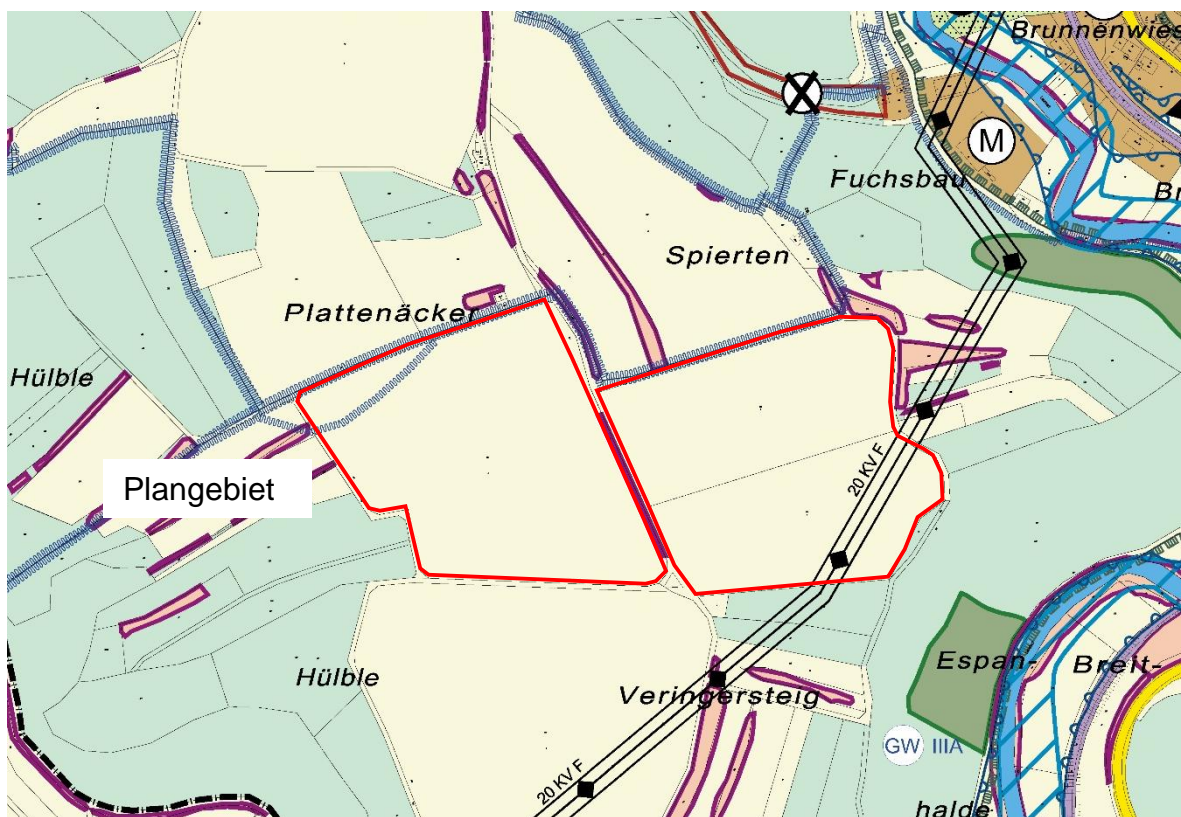
Entlang des landwirtschaftlichen Wirtschaftswegs, der beide Teilgebiet voneinander trennt, sowie westlich, nördlich und östlich des Geltungsbereichs grenzen geschützte Offenlandbiotope an. Der Geltungsbereich befindet sich zudem im Biotopverbund trockene Standorte (vollständig im 500 m-Suchraum; in Teilen im westlichen Randbereich der östlichen

Teilfläche im Kernraum) sowie im Biotopverbund mittlere Standorte (in Teilen in der westlichen Teilfläche im 1.000 m-Suchraum). Zusätzlich befindet sich der Geltungsbereich im Wasserschutzgebiet „Westliche Lauchert“ (Zone III und III A).

### 3. Änderung des Flächennutzungsplans

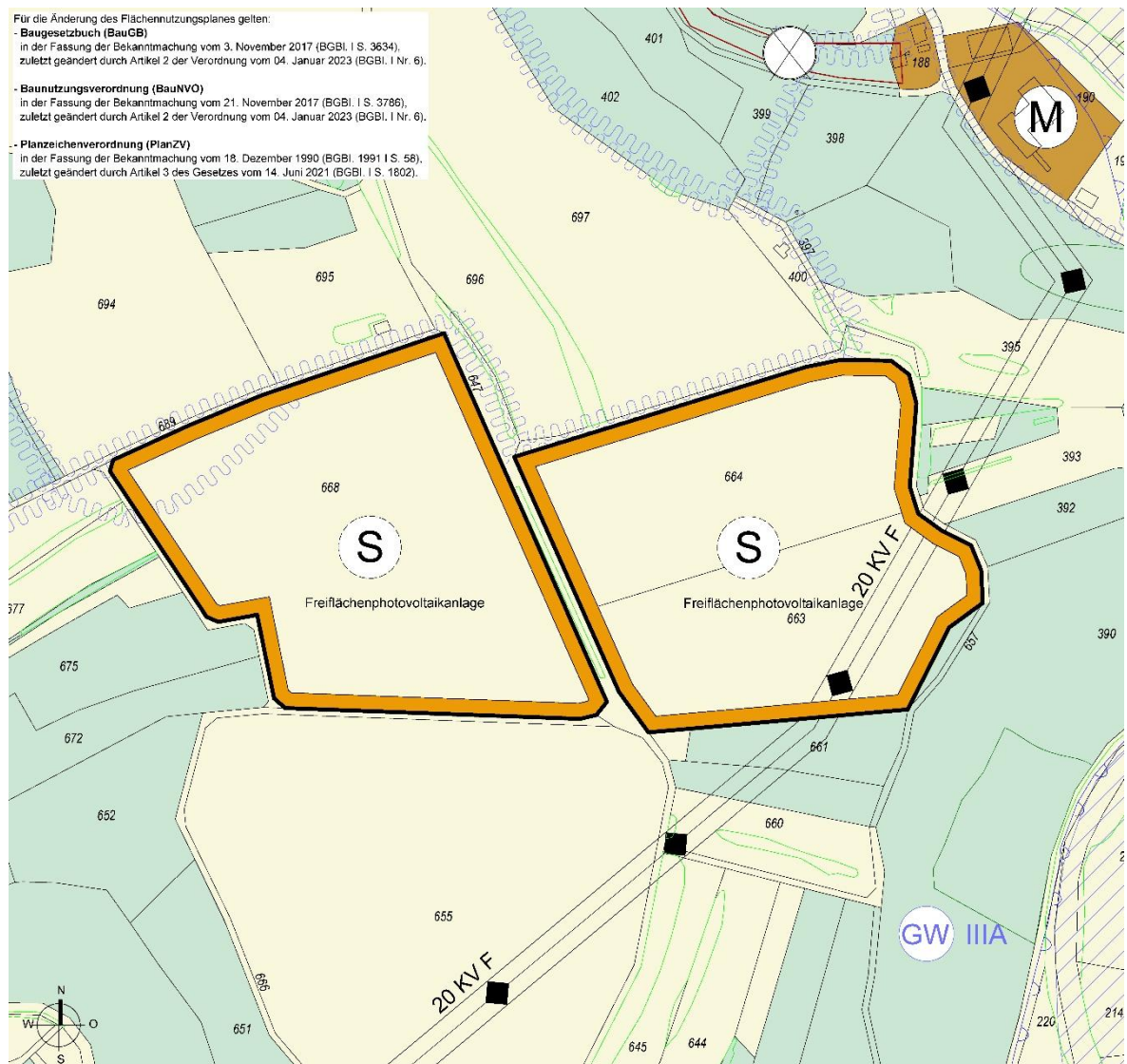
Die Änderung des Flächennutzungsplans umfasst die Flurstücke Nr. 663 (teilweise), 664 und 668. Die im Flächennutzungsplan als Waldfläche dargestellte Teilfläche auf Flurstück 663 wird nicht geändert. Die Abgrenzung entspricht dem Geltungsbereich des Bebauungsplanes „PV Anlage Wasserwerk Hermentingen“.

Im derzeit gültigen Flächennutzungsplan des Gemeindeverwaltungsverbands Laucherttal (3. Fortschreibung in der Fassung vom Januar 2017) ist diese Fläche als Fläche für die Landwirtschaft ausgewiesen.



Auszug aus dem genehmigten Flächennutzungsplan des Gemeindeverwaltungsverbands Laucherttal (3. Fortschreibung in der Fassung vom Januar 2017)

Für die Änderung des Flächennutzungsplanes gelten:  
- **Baugesetzbuch (BauGB)**  
in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634),  
zuletzt geändert durch Artikel 2 der Verordnung vom 04. Januar 2023 (BGBl. I Nr. 6).  
- **Baunutzungsverordnung (BauNVO)**  
in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. November 2017 (BGBl. I S. 3786),  
zuletzt geändert durch Artikel 2 der Verordnung vom 04. Januar 2023 (BGBl. I Nr. 6).  
- **Planzeichenverordnung (PlanZV)**  
in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. Dezember 1990 (BGBl. 1991 I S. 58),  
zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 14. Juni 2021 (BGBl. I S. 1802).



7. Änderung der 3. Fortschreibung des Flächennutzungsplanes des Gemeindeverwaltungsverbands Laucherttal

#### 4. Umweltverträglichkeit

##### 4.1 Umweltbericht / Artenschutz

Zur 7. Änderung des Flächennutzungsplanes wird im Rahmen des weiteren Verfahrens ein Umweltbericht erstellt und die Umweltbelange abgearbeitet.

Auf der Ebene des Bebauungsplanes wird im weiteren Verfahren eine Umweltprüfung nach § 2 (4) BauGB durchgeführt.

Zur Einschätzung der artenschutzrechtlichen Situation fanden im Vorfeld 4 Vogelbegehungen und 4 Reptilienbegehungen statt. Trotz geeigneter Strukturen konnten keine Reptilien im Untersuchungsgebiet festgestellt werden. Für die Feldlerche und die Wachtel, sowie evtl. für den Neuntöter werden CEF-Maßnahmen erforderlich. Die Maßnahmen zur Vermeidung von Verstößen gegen die artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände werden im weiteren Bebauungsplanverfahren im artenschutzrechtlichen Fachbeitrag ausformuliert.

## 5. Hinweise

### **Wasserschutzgebiet**

Das Plangebiet liegt im rechtsverbindlich festgesetzten Wasserschutzgebiet „Westliche Lauchert“ (WSG-Nr.: 437.006, Zone III und III A, Status: festgesetzt). Innerhalb dieses Gebietes müssen chemische Einflüsse auf die Wasserqualität weitgehend verhindert werden. Die Verbote der Rechtsverordnung vom 19.01.2010 sind zu beachten. Insbesondere ist die Nutzung von Erdwärmesonden und Grundwasserwärmepumpen zu Heiz- oder Kühlzwecken nicht erlaubt.

### **Denkmalschutz**

Sollten archäologische Funde oder Befunde entdeckt werden, ist gemäß § 20 DSchG die Denkmalbehörde umgehend zu benachrichtigen. Archäologische Funde (Steinwerkzeuge, Metallteile, Keramikreste, Knochen, etc.) oder Befunde (Gräber, Mauerreste, Brandschichten, bzw. auffällige Erdverfärbungen) sind bis zum Ablauf des vierten Werktages nach der Anzeige in unverändertem Zustand zu erhalten, sofern nicht die Denkmalschutzbehörde oder das Regierungspräsidium Stuttgart (Referat 84.2 – Regionale Archäologie, Schwerpunkte, Inventarisierung) mit einer Verkürzung der Frist einverstanden ist. Die Möglichkeit zu Fundbergung und Dokumentation ist einzuräumen.

Auf die Ahndung von Ordnungswidrigkeiten (§ 27 DSchG) wird hingewiesen. Zur Sicherung und Dokumentation archäologischer Zeugnisse ist zumindest mit kurzfristigen Unterbrechungen des Bauablaufs zu rechnen.

Falls beim Abtrag des Oberbodens archäologische Fundstellen entdeckt werden, ist für eine archäologische Rettungsgrabung eine öffentlich-rechtliche Investorenvereinbarung mit dem Land Baden-Württemberg, vertreten durch das Landesamt für Denkmalpflege im Regierungspräsidium Stuttgart (Dienstsitz Hemmenhofen, Fischersteig 9, 78343 Gaienhofen, Tel. 07735/93777-122) abzuschließen, in welcher die Rahmenbedingungen der Rettungsgrabung geregelt werden.

Vorsorglich machen wir darauf aufmerksam, dass im Falle notwendiger Rettungsgrabungen die Bergung und Dokumentation der Kulturdenkmale gegebenenfalls mehrere Wochen in Anspruch nehmen kann und ebenso wie die Prospektion durch den Vorhabenträger zu finanzieren ist.

### **Landwirtschaft**

An das Plangebiet grenzen landwirtschaftliche Flächen. Bei deren Bewirtschaftung können sporadisch Gerüche, Staub, Lärm und Erschütterungen entstehen. Negative Auswirkungen auf die Solarmodule, die durch die landwirtschaftliche Produktion entstehen können sind vom Anlagebetreiber bzw. Rechtnachfolgern zu dulden.

Reutlingen, den 26.04.2023

Gammertingen, den 26.04.2023

Clemens Künster  
Dipl.-Ing. Regierungsbaumeister  
Freier Architekt + Stadtplaner SRL

Holger Jerg  
Verbandsvorsitzender